

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.10.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:46 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester	CDU	bis 19.30 Uhr
---------------	-----	---------------

Mitglieder

Stephan Schwartz	CDU	Vertretung für: Detlev Blohm; bis 19.30 Uhr
------------------	-----	---

Wolfgang Dutsch	CDU	
-----------------	-----	--

Jörg Keller	CDU	
-------------	-----	--

Sophia Jacobs-Emeis	SPD	
---------------------	-----	--

Rüdiger Fölske	SPD	Vertretung für: Manfred Eichhorn
----------------	-----	----------------------------------

Norman Rothe	SPD	
--------------	-----	--

Rainer Hagendorf	Bündnis 90 / Die Grünen	
------------------	-------------------------	--

Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen	bis 18.55 Uhr
-------------------	-------------------------	---------------

Olaf Wuttke	Bündnis 90 / Die Grünen	
-------------	-------------------------	--

Martin Schumacher	FDP	Vorsitz ab 19:30 Uhr
-------------------	-----	----------------------

Angela Drewes	WSI	
---------------	-----	--

Bastian Sue	DIE LINKE	
-------------	-----------	--

Umweltbeirat

Bianka Sievers	Umweltbeirat	
----------------	--------------	--

Jugendbeirat

Salih Kaya	Jugendbeirat	bis 19.30 Uhr
------------	--------------	---------------

Seniorenbeirat

Gabriele Winter	Seniorenbeirat	
-----------------	----------------	--

Verwaltung

Gisela Sinz		
-------------	--	--

Karl-Heinz Grass		
------------------	--	--

Anneka Warsitz		zu TOP 10.1
----------------	--	-------------

Katrin Matthies	Protokollführung	
-----------------	------------------	--

Abwesend

Mitglieder

Detlev Blohm	CDU	entschuldigt
--------------	-----	--------------

Manfred Eichhorn	SPD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Gäste:

Zu TOP 4:	Frau Hans Herr Lassen	Stadt Wedel, Fachdienst 1-30 Polizei Wedel
-----------	--------------------------	---

Zu TOP 5: Herr Finger Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
 Frau Gottfried Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

5 Einwohner*innen
2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

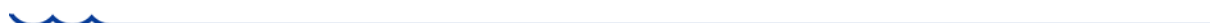
- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.09.2021 | |
| 4 | Verkehrssicherheitsbericht 2020 | MV/2021/038 |
| 5 | Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Strandbaddamm 2, Nutzungsänderung | BV/2021/103 |
| 6 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 6.1 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 7 | Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord" | |
| 7.1 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 8 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 8.2 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|-------------|
| 9 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.09.2021 | |
| 10 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 10.1 | Mitteilung über bedeutsame Vorhaben | MV/2021/061 |
| 10.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 10.3 | Sonstiges | |

Öffentlicher Teil

- ## 11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Frau Hans wurde von Herrn Schmidt gebeten, die Entscheidungsgründe der Verkehrsbehörde, warum am Rollberg keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 eingerichtet wird, dem Planungsausschuss mitzuteilen.

Einerseits gehört der Rollberg zum gerade im Jahr 2020 vom Rat aktualisierten Vorbehaltstnetz. Zum anderen setzen Streckengeschwindigkeitsbegrenzung voraus, dass besondere Voraussetzungen, wie beispielsweise eine erhöhte Unfalllage, gegeben sind. Dies ist im Rollberg nicht gegeben. Auch die örtlichen Verhältnisse stellen keine besondere Gefahrenlage dar. Dies ist den Anwohner*innen in einer Videokonferenz (vor deren Schreiben an die Fraktionen) unter Beteiligung von Vertreter*innen der Verwaltung und des VHH erläutert worden. Zusätzlich wurde der Kreis Pinneberg gebeten, an dieser Stelle Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Diese wurden nach kurzer Zeit auf Grund eines zu geringen Verkehrsaufkommens abgebrochen. Diese Punkte zusammengefasst haben zu der Bewertung der Verwaltung geführt. Eine erneute Überprüfung könnte beispielsweise dann erfolgen, sollte die Straßenverkehrsordnung im Hinblick auf die Einführung von Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften geändert werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wird angemerkt, dass im Rahmen der AG Mobilität auch über die Linienführung der Busse im Stadtgebiet gesprochen wird. Möglicherweise könnte dies zu einer Entzerrung des Begegnungsverkehr der Busse am Rollberg führen.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Frau Binz-Vedder hat schriftliche Fragen zu der Projektskizze Överkant eingereicht.

Frage1: Ist der Planungsausschuss und die Verwaltung und die Mobilitätsmanagerin darüber rechtzeitig informiert und einbezogen worden?

Frage2: Welche Vorschläge wird die Stadt Wedel dazu einbringen?

Die Vorschläge des Antrags zum ÖPNV für den 5.RNVP, die im Juni 2020 einstimmig im Planungsausschuss verabschiedet wurden, sind erst teilweise berücksichtigt worden. Es gibt noch viel zu tun!

Frage 3: Kann die verschuldete Stadt bzw. der Kreis bei einer Förderquote bis zu 80% die restlichen 20% überhaupt stemmen?

Frage 4: Was wurde im künftigen Mobilitätskonzept nach einem Jahr für den ÖPNV eigentlich geplant und im Haushalt berücksichtigt? Auch die Beschlüsse im Kreis vom 14.9. bezüglich der neuen Buslinie 395 haben ja auch Kostenanteile, die die Stadt bezahlen muss (z.B. Haltestelle Fahrenkamp und Querung?).

Frau Sinz beantwortet die Fragen:

Antwort 1: Die Stadt Wedel ist nicht über die Projektskizze „ÖVerKant“ informiert und/oder einbezogen worden. Hingewiesen wird auf die Zuständigkeit der Hamburg-Randkreise bzw. des Kreises Pinneberg. Die ÖPNV-Thematik wird hier im Rahmen des Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP) behandelt; zuständig für die Bearbeitung ist die SVG Südholstein Verkehrsservicegesellschaft in Norderstedt (Herr Mozer).

Antwort 2: Der Beschluss des Planungsausschusses über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2020 wurde am 19.06.2020 an die SVG weitergeleitet. Im Antwortschreiben vom 01.07.2020 von Herrn Mozer wird vermerkt, dass wesentliche Teile im RNVP-Entwicklungskonzept direkt oder sinngemäß berücksichtigt worden sind. Sobald der endgültige RNVP vom Kreistag beschlossen wurde, wird mit der Umsetzung begonnen. Und: „Wann die „Wedeler“ Punkte drankommen, lässt sich heute nicht belastbar vorhersagen, denn das ist von vielen Einflussfaktoren abhängig (Priorisierung, Finanzierung etc.)“.

Antwort 3: Voraussetzung für eine Antragstellung hinsichtlich einer Förderung sind mit der SVG bzw. im Rahmen des RNVP abgestimmte Maßnahmen.

Antwort 4: Das Mobilitätskonzept befindet sich noch in Bearbeitung bzw. in der Phase der Beteiligung der Öffentlichkeit. Insofern gibt es noch keine Ergebnisse hinsichtlich zu ergreifender Maßnahmen. Entsprechend sind auch noch keine erforderlichen politischen Beschlüsse gefasst worden.

Für die neu anzulegende Haltestelle Fahrenkamp werden im Investitionsplan 2022 50.000 Euro eingeworben. Hiervon werden vom Kreis per Kreisuweisung 25.000 Euro übernommen.

Frau Binz-Vedder fragt nach, wann die Ergebnisse des Mobilitätskonzepts vorliegen werden. Frau Sinz weist darauf hin, dass der Zeitplan bereits mehrfach ausführlich erläutert wurde. Durch die gute und intensive Bürger*innenbeteiligung mit Befragungen, Bürgerforum und Planungswerkstätten sind mehrere Prozessschritte notwendig. Auch nach politischem Beschluss eines Mobilitätskonzeptes werden nicht binnen kürzester Zeit alle Wünsche und Planungen umgesetzt werden können, eine solche Erwartung sei unrealistisch.

Herr Pflüger fragt, warum in der Bahnhofstraße der Zebrastreifen auf Höhe der Bäckerei Junge kaum noch erkennbar sei.

Frau Hans erläutert, dass dieser - ebenso wie der Fußgängerüberweg in Höhe der Post - lediglich ein Provisorium während der Bauphase der Volksbank war und nun, da der Fußweg an dieser Stelle wieder nutzbar ist, entfernt wurde. Für eine dauerhafte Einrichtung müsste geprüft werden, ob eine rechtliche Grundlage (z.B. eine Gefahrenlage oder eine hohe Querungsfrequenz) notwendig ist.

Von den Mitgliedern des Planungsausschusses wird angeregt, den Zebrastreifen auf Höhe der Post dauerhaft bestehen zu lassen. Bei den Überlegungen sollte nicht erst eine Gefahrenlage notwendig sein, sondern auch der Komfort für die Bürger*innen eine Rolle spielen. Frau Hans ergänzt, dass mit der Einrichtung eines Fußgängerüberweges auch Kosten für die notwendige dauerhafte Beleuchtung entstehen. Im Hinblick auf die Überlegungen der Arbeitsgruppe Mobilität, in der Bahnhofstraße die Einrichtung einer Tempo-30-Zone zu prüfen, sollte vorerst von diesen Ausgaben abgesehen werden. In einer Tempo-30-Zone seien keine Fußgängerüberwege vorgesehen.

Der Vorsitzende bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von Fußgängerüberwegen vorzustellen.

Ferner möchte Herr Pflüger anmerken, dass die Beantwortung seiner Fragen zum Autal in der letzten Sitzung aus seiner Sicht nicht korrekt sei. Er böte an, eine Begehung des Autals mit Verantwortlichen der Stadt zu machen, um aufzuzeigen, wo die regelmäßige Unterhaltung aus dem Planfeststellungsbeschluss von 1985 nicht erfolge.

Herr Grass weist darauf hin, dass Herrn Pflüger im Laufe der Jahre umfangreiche Information und Daten von Land, Kreis und Stadt zur Verfügung gestellt wurden. Es wurde schriftlich berichtet und dies mit den verantwortlichen Stellen abgestimmt, daher sei keine Begehung erforderlich. Der Bau der Sandfänge sei eine sehr gelungene Maßnahme, persönliche Einwände des Fragestellers müssten dahinter zurückstehen.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat und der Umweltbeirat haben nichts zu berichten.

Auf Nachfrage von Frau Sinz berichtet Herr Kaya, dass der Jugendbeirat im letzten Jahr den Zustand der Radwege in Wedel untersucht hat. Die teilweise unerfreulichen Ergebnisse werden am Donnerstag in einer Präsentation im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss vorgestellt. Als größte Problemstellen wurden mangelnde Beleuchtung, Schmalstellen und Unebenheiten ausgemacht, die teilweise bereits zu Unfällen geführt hätten.

Der Vorsitzende dankt für das Engagement des Jugendbeirates und bittet darum, dass die Präsentation in der nächsten Sitzung auch dem Planungsausschuss vorgestellt wird.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.09.2021

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	1
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

4 Verkehrssicherheitsbericht 2020

MV/2021/038

Herr Lassen stellt den Verkehrssicherheitsbericht und die Unfallzahlen für die Stadt Wedel anhand einer Präsentation vor. Die gesunkenen Unfallzahlen sind auch durch den geringeren Verkehrsumfang durch Corona zu erklären.

Bei der Betrachtung der Focus-Unfallorte wurde kaum Handlungsbedarf der Verwaltung festgestellt, da es keine Häufung (mind. 3) gleichartiger Unfälle an den Orten gab.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen merkt an, dass Fußgänger auch Teilnehmer im Verkehr sind und gleichberechtigt wahrgenommen werden sollten.

Die WSI-Fraktion zeigt sich verwundert, dass keine Unfälle in der Bahnhofstraße aufgeführt sind, die von vielen als unfallträchtig für Fahrradfahrer eingeschätzt wird.

Herr Lassen berichtet, dass es Unfälle im Bereich der Bahnhofstraße gebe, diese jedoch nicht gehäuft an speziellen Stellen passierten. Damit sei die Definition eines Focus-Unfallortes nicht erfüllt.

Die CDU-Fraktion bittet um Informationen zu den verhältnismäßig geringen Rotlichtverstößen.

Herr Lassen erläutert, dass solche Verstöße in der Statistik lediglich vermehrt auftauchen, wenn die auch gezielt überwacht würden. Dies geschehe in Wedel kaum.

Die SPD-Fraktion würde die Zahlen für Wedel gerne besser einordnen können und fragt, ob eine Gegenüberstellung mit den Zahlen zu anderen Städten vergleichbarer Größe möglich ist.

Herr Lassen nimmt die Anregung auf und wird im nächsten Jahr einen an die Einwohnerzahlen angepassten Vergleich zu beispielsweise Pinneberg und Elmshorn ziehen.

Der Vorsitzende dankt für die Präsentation und begrüßt die zukünftige Möglichkeit eines Benchmarkings mit anderen Städten.

5 Einvernehmen nach dem BauGB

BV/2021/103

hier: Strandbaddamm 2, Nutzungsänderung

Herr Burmester führt in den Tagesordnungspunkt ein. Das Amtsgericht Pinneberg musste auf Grund von Gebäudeschäden geräumt werden. Nun steht eine langwierige Sanierung bevor. Das Gebäude am Strandbaddamm bietet sich für die Nutzung als Übergangslösung an. Erforderlich ist jedoch die Erteilung des Einvernehmens auf Grund der Nutzungsände-

rung. Vorgesehen ist die Erteilung der Genehmigung für 5 Jahre mit einer Option auf Verlängerung.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass an dieser Stelle auch gelegentlich Ideen für die Schaffung von Wohnraum bekannt würden und möchte sicherstellen, dass mit der heutigen Erteilung des Einvernehmens kein Präjudiz für ein solches Vorhaben entsteht. Sollte eine weitere Nutzungsänderung notwendig sein, würde ein neues Einvernehmen erteilt werden müssen und bei einem möglichen vorzeitigen Auszug des Amtsgerichts die ursprüngliche Nutzungsbeschränkung greifen.

Die Verwaltung bestätigt diese Annahmen.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 31 und 36 Abs. 1 BauGB für die befristete Nutzungsänderung für eine Teilfläche in der Straße Strandbaddamm 2 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

6.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass weist auf die Einladung für die Sitzung der Hafen AG am 26.09.2021 hin und berichtet vom Stand der Baumaßnahmen an der Flutschutzwand.

7 Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Sinz berichtet von dem nun fertiggestellten Kurzprotokoll der öffentlichen Informationsveranstaltung am 27.09.2021, das an alle Mitglieder des Planungsausschusses versandt wurde. Sie bittet alle Fraktionen um möglichst zeitnahe Rückmeldung, sollte es noch Fragen oder Unklarheiten geben. Am 09.11.2021 wird die Beschlussvorlage für den Rahmenplan im Planungsausschuss beraten werden.

Alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Informationsveranstaltung gestellt wurden, werden beantwortet und in einer ausführlicheren Dokumentation zusammengefasst.

Die SPD-Fraktion fragt nach dem geplanten Umgang mit den Anregungen und Kritikpunkten der Bürger*innen auf der Veranstaltung. Beispielsweise sollte es die Gelegenheit geben, gemeinsam über die Einwände bezüglich der Grundschulen zu sprechen und die noch fehlenden Velorouten und deren Finanzierung zu thematisieren. Ferner wäre es von Interesse, ob es bereits Gespräche mit dem VHH gegeben habe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bedauert, dass die Verwaltung in der Veranstaltung keine Beantwortung von Fragen übernommen hat. Gerade zu den Themen Schule und Verkehr wäre dies hilfreich gewesen.



Die WSI-Fraktion würde sich eine Überarbeitung des Rahmenplanes wünschen, in der die Anregungen der Bürger*innen berücksichtigt werden.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass es keine grundsätzliche Ablehnung des Projektes gegeben habe.

Frau Sinz hebt hervor, dass die Informationsveranstaltung sehr gut abgelaufen sei und viele Teilnehmer*innen (in Präsenz ca. 140, digital ca. 60) mobilisiert habe. Bei einer solchen Veranstaltung mit viel Nachbarschaft sei es verständlich, dass insbesondere die Themen Verkehr und Infrastruktur angefragt werden.

Im ursprünglichen Wettbewerbsverfahren wurde vorgeschlagen, im zentralen Bereich (Quartier 3/neu: 2a) eine Grundschule und eine Kita zu berücksichtigen. Bei der näheren Prüfung wurden zwei Probleme deutlich: Zum einen war die Flächenkapazität dort zu gering, zum anderen wäre für die Grundschule keine tragbare Größe erreicht worden. Nach damaligem Erkenntnisstand hätte die Auslastung nicht für zwei Züge pro Klassenstufe ausgereicht. Daher wurde an dem Standort weiterhin die Kita eingeplant und die Grundschule optional in den 2. Bauabschnitt verlegt.

Eine Grundschule kann nicht lediglich ein Wohngebiet bedienen, da erfahrungsgemäß durch zu wenig Fluktuation die Kinder aus der Grundschule herauswachsen und nur wenige nachrücken. Es werden jedoch selbstverständlich auch die Kinder im Einzugsbereich der Altstadt Schule und der Moorwegschule bei den Planungen berücksichtigt. Der Schulentwicklungsplan wird mit dem Kreis abgestimmt und sollte sich ein Bedarf abzeichnen, kann auf die Planung im 2. Bauabschnitt zurückgegriffen werden. Die Erschließung kann dort über zentralere Zufahrtswege erfolgen, was grundsätzlich für die Verkehrssituation vorteilhafter ist als die Erschließung ausschließlich über Wohnstraßen.

Zu der Frage nach frühzeitigen Gesprächen mit den Verkehrsbetrieben erläutert Herr Grass, dass es immer Teil des Konzeptes von Wedel Nord gewesen sei, dass dort eine ausreichende Busanbindung mit annehmbarer Taktung installiert würde. Die Gespräche mit der SVG könnten jedoch erst geführt werden, wenn nun die Rahmenbedingungen (z.B. Anzahl der Wohneinheiten, Baufertigstellung, etc.) konkretisiert würden. Ob dann die gewünschte ÖPNV-Ausstattung wirtschaftlich darstellbar sei oder ein Zuschuss erforderlich wird, um die gewünschte Mobilitätswende in diesem Gebiet zu erreichen, ist im Zuge der weiteren Planungen zu klären.

Bezüglich der Velorouten müsse festgehalten werden, dass viele der Fuß- und Radwege in den letzten Jahren bereits fertiggestellt wurden, z.B. im Altstadtquartier, in der Wiedestraße. Diese wurden in hoher Qualität geschaffen und sind beispielhaft durch ihre ökologische Entwässerung. Weitere Flächen sind im Flächennutzungsplan bereits vorgesehen, beispielsweise die vorgesehenen Fuß- und Radwege in den Bebauungsplänen 67 und 76. Auch der entlang der zukünftigen Erschließungsstraße separat geführte Fuß- und Radweg von der Bündtwiete zum Marienhof wird ein Zugewinn sein.

Für die Veranstaltung gab es viele positive Rückmeldungen, was auch ein Verdienst der Verwaltung und der Politik durch die bisherigen guten Beschlüsse zu Wedel Nord ist.

Die SPD-Fraktion fragt nach, wie weitere Anregungen der Fraktionen eingebracht werden können.

Frau Sinz plädiert dafür, die Planung auf der bisherigen Ebene des Rahmenplans wie vorgesehen in 2021 zum Abschluss zu bringen. Im folgenden Bebauungsplanverfahren werden die entsprechenden Details beraten und beschlossen, die dann verbindlich umgesetzt werden müssen. Dennoch können Anregungen und Anträge in der Sitzung am 09.11.2021 zum Rahmenplan eingebracht werden, hilfreich wäre jedoch eine vorherige Zusendung an die Verwaltung, um den Zeitplan einzuhalten.

Der Seniorenbeirat würde sich wünschen, dass die Seniorenwohnanlage zentraler im Gebiet mit kürzeren Wegen geplant werden würde und bittet um Prüfung dieser Möglichkeit.

Frau Sinz erläutert, dass die Lage des Seniorenwohnheims bewusst an dem nun vorgesehenen Standort gewählt wurde. Zum einen ergibt sich durch die Randlage ein kurzer Weg zum Nahversorger „Am Marienhof“, zum anderen würde so der erhebliche Lieferverkehr, den solch eine große Einrichtung verursacht, aus den Wohnstraßen herausgehalten.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

8.2 Öffentliche Anfragen

Die SPD-Fraktion bittet um Informationen zum Fortgang des Mobilitätskonzeptes. Durch den personellen Wechsel im Mobilitätsmanagement werden zeitliche Verzögerungen befürchtet. Daher wäre es wünschenswert zu erfahren, wann die Vorschläge aus dem bisherigen Planungsprozess in den politischen Gremien beraten werden und ob in der AG Mobilität auch alle Vorschläge des Planungsausschusses aus den letzten Monaten berücksichtigt werden.

Frau Sinz wird in der Verwaltung Rücksprache halten und hierzu zeitnah berichten.

Die FDP-Fraktion möchte in einer der nächsten Sitzungen im Planungsausschuss beraten, wie eine Synchronisierung bezüglich der Flächenplanung zwischen den verschiedenen Ausschüssen sichergestellt werden kann. Nötig sei eine Abstimmung zwischen dem Flächenbedarf anderer Fachbereiche (z.B. Sportentwicklungsplanung) und den Planungen und Beratungen im Planungsausschuss.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen kündigt einen Antrag bezüglich einer möglichen Zweckentfremdung einer Immobilie an, in dessen Rahmen auch das grundsätzliche Verfahren bei solchen Missständen besprochen werden sollte.

Zusätzlich äußert die Fraktion Unverständnis darüber, dass für die Umleitung der Buslinie 289 (durch die wiederholte, lange Sperrung der Pinneberger Straße) keine Lösung gefunden werden konnte, die für die betroffene Bevölkerung in dem umliegenden Gebiet weiterhin eine Anbindung an den ÖPNV sichergestellt hätte. Die gewählte Route durchs Aital sei keine gute Lösung gewesen.

Anschließend bedankt sich Herr Burmester bei der Öffentlichkeit, schließt diese um 19.30 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus und übergibt des Vorsitz an Herrn Schumacher.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19.46 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

gez. Schumacher

Martin Schumacher

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies
